

# Es hilft nicht, Probleme in einer Demokratie auf die Schule abzuwälzen

Erziehungswissenschaftler Sebastian Engelmann: Eltern, Vereine, alle sind gefordert

Politische Entscheidungen werden emotional und kontrovers diskutiert; mal informierter und mal weniger informiert. Fakt ist aber: Demokratie betrifft alle Menschen in Deutschland, denn Demokratie ist die Form politischer Herrschaft, mit der hierzulande alle tagtäglich direkt und indirekt konfrontiert sind. Von Gesetzen, politischen Diskussionen am Arbeitsplatz oder in der Familie bis hin zu öffentlichen Demonstrationen und medialen Inszenierungen ist Demokratie in ihren vielen Formen fester Bestandteil des Alltags und des Zusammenlebens.

Eine Sache ist an Demokratie besonders: Demokratie muss man lernen, sie ist nicht wirklich einfach durchschaubar und provoziert Fragen, was mit scheinbar zunehmender Häufigkeit dazu führt, dass sich Menschen aus verschiedenen Gründen von ihr verabschieden. Demokratie ist – so der Soziologe und Erwachsenenbildner Oskar Negt – die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Und lernen ist manchmal anstrengend.

Aber wie kann Demokratie gelernt werden? Der erste Ort, den sicherlich die meisten Menschen dafür ausmachen, ist die Schule. Ein Argument dafür ist, dass in Deutschland alle in die Schule müssen. Doch ein paar Stunden Politikunterricht in der Woche, vielleicht auch noch ein wenig Ethikunterricht, können nicht alle Fragen zur Demokratie beantworten. Und trotz kluger Leitfäden zur Demokratiebildung, wie dem des baden-württembergischen Kultusministeriums, ist das Thema noch nicht praktisch als Querschnittsthema in allen Fächern implementiert, obwohl dies wichtig wäre. Denn um Demokratie zu verstehen und sich selbst ein Urteil bilden zu können, braucht es mehr als Wissen über das politische System Deutschlands und vereinzelte Stunden zu Extremismus und Fake News.

Demokratie ist nicht nur eine Herrschaftsform, die das Leben der Menschen durch Gesetze regelt und das politische System am Laufen hält. Auch Umgangsweisen, Vorurteile, Gesprächsregeln, Werte und Normen oder Möglichkeiten zur Teilnahme an politischen Diskussionen sind Teil von Demokratien und müssen aufgezeigt und erfahren werden.

Dabei ist Schule nicht der einzige Ort, der dies ermöglichen kann und sollte. Demokratie wird auch im Alltag mit Freunden oder in der Familie erlernt, überall dort, wo Menschen sich darüber austauschen und aushandeln, wie sie miteinander leben wollen. Deshalb ist jede Mutter, jeder Vater, die Großeltern, jedes Vereinsteam, jeder einzelne Mensch in diesem Land ge-

fordert, für Demokratie und Mitmenschlichkeit einzutreten. Demokratie ist auch eine Lebensform, zu der man sich entscheiden kann.

Wie geht man nun damit um? Ich denke, dass Demokratie mehr Bildung braucht. Bildung ermöglicht, sich zu Demokratie zu positionieren, Abwertung zu erkennen und gegen sie vorzugehen. Bildung ist mit der Schule verbunden, aber auch mit dem Lernen in der Kindertagesstätte, dem Sportverein, dem ehrenamtlichen Engagement und der Arbeit. An all diesen Orten können Menschen die Erfahrung machen, was es bedeuten kann, demokratisch miteinander umzugehen – oder eben auch erfahren, wie sie nicht behandelt werden wollen.

Das fängt damit an, dass Sportvereinstrainer sofort eingreifen, wenn ein Kind verspottet, geschlagen oder ausgegrenzt wird – und dass sie immer wieder über Demütigung, Fairness und Respekt sprechen. Demokratie lernen Menschen auch, wenn in Familien offen und altersangemessen über Probleme, aber auch über Urlaubspläne und An-

schaftungen diskutiert wird, wenn Eltern die Meinungen der Kinder anhören und gemeinsame Lösungen suchen.

In jedem Büro, jeder Werkhalle können verantwortungsbewusste Führungskräfte zu einer positiven demokratischen Kultur beitragen, wenn sie ihre Mitarbeiter respektieren und in so manche Entscheidung einbeziehen. Und genau das ist, wo Demokratiebildung ansetzt: Sie zielt darauf ab, Menschen zum Gestalten ihres (Zusammen)Lebens zu befähigen, ohne andere herabzusetzen, zu bedrohen oder zu beleidigen.

Zugleich ist diese Form der Bildung auf Demokratie angewiesen – zumindest, wenn sie nicht heuchlerisch wirken will. Sie kann nur gegen Widerstände in einem Schulsystem Fuß fassen, in dem gegen die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung verstoßen wird. Es hilft deshalb nicht, wenn politisch gewollt gesamtgesellschaftliche Probleme auf die Schule abgewälzt werden.

Schule würde zwar gut daran tun, Probleme wie Diskriminierung oder antidemokratische Tendenzen ernster zu nehmen und aktiv dagegen vorzugehen – aber letztlich sind Probleme in der Schule



## Sebastian Engelmann

Der Erziehungswissenschaftler lehrt als Juniorprofessor an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Er forscht zu Demokratiebildung, alternativen Schulkonzepten und Reformpädagogik. Foto: Rake Hora

”

Mehr Politikunterricht und kluge Leitfäden sind keine Lösung.

**Sebastian Engelmann**

Juniorprofessor an der PH Karlsruhe

strukturelle Probleme von Gesellschaft, die nicht einfach durch noch engagiertere Lehrer und Lehrerinnen, mehr Politikunterricht, eine Projektwoche zu Menschenrechten, auch nicht durch die Verankerung von Demokratiebildung als Querschnittsthema aller Fächer gelöst werden können.

Solange Menschen empört sind, weil ihre Nachbarin nicht aus Deutschland kommt, solange Galgen vor dem Bundestag aufgebaut oder queere Menschen in Deutschland angefeindet werden, hat aber nicht die Schule ein Problem, sondern die Gesellschaft.

Demokratiebildung ist ein Projekt, das alle Bereiche der Gesellschaft betrifft und im Kleinen wie im Großen anfangen muss. Bildung ist ein offener Prozess – und Demokratie braucht Offenheit. Wenn Offenheit aber von Anfang an nicht gewünscht ist, dann kann auch kein Lernprozess in Gang kommen. Und dann würde es auch um die Demokratie wirklich schlecht bestellt sein.